

Georg Breuer

NATURSCHUTZ KONTRA UMWELTSCHUTZ?

Für eine Volksabstimmung über die Zukunft der Donau
östlich von Wien

Die von der Regierung Sinowatz zur Zeit des Hainburg-Konflikts verkündete "Nachdenkpause" dauert nun schon mehr als acht Jahre, doch eine Annäherung der Standpunkte zu einem tragfähigen Kompromiß ist nach wie vor nicht in Sicht. Die E-Wirtschaft will auf ein Donaukraftwerk östlich von Wien nicht verzichten, denn es geht hier um das mit Abstand größte Wasserkraftwerk, das in Österreich gebaut werden kann. Die Naturschützer meinen, daß die Errichtung eines Nationalparks mit einem wie auch immer modifizierten Projekt eines Donaukraftwerks unvereinbar ist.

Nach den Vorstellungen der meisten Österreicher handelt es sich hier um einen Konflikt nach dem wohlbekanntem Schema Wirtschaft kontra Umwelt. Tatsächlich gibt es jedoch auch gewichtige umweltpolitische Argumente für die Errichtung eines weiteren Donaukraftwerks.

Die Wirtschaftlichkeit von Wasserkraftwerken steht außer Zweifel; und gerade ein großes Donaukraftwerk könnte sehr billigen Strom liefern. Unbestreitbar ist auch, daß Wasserkraftwerke im Unterschied zu Wärmekraftwerken keine Schadstoffe an die Atmosphäre abgeben - weder Schwefeldioxid und Stickoxide, die sauren Regen verursachen, noch Kohlendioxid (CO₂), das den Treibhauseffekt verstärkt.

Berechtigte Forderung

Die gerade von Umweltschützern intensiv vertretene Forderung nach verstärktem Einsatz von "sich erneuernden", nicht auf Verbrennung beruhenden Energiequellen ist gewiß berechtigt. Doch die Nutzung von Sonnenenergie oder Windenergie ist vorläufig noch teuer und erst im Entwicklungsstadium. Es wird noch lange dauern, bis diese Formen der Energiegewinnung einen ins Gewicht fallenden Beitrag zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes leisten

können. Nutzung von Wasserkraft ist technisch voll ausgereift und wirtschaftlich vernünftig. Die Errichtung eines neuen großen Wasserkraftwerks wäre zwar sicherlich kein ausreichender, aber doch immerhin ein fühlbarer Beitrag unseres Landes zur Verminderung des Treibhauseffekts, zu der sich Österreich zwar mit unverbindlichen Lippenbekenntnissen verpflichtet, für die es aber bisher kaum etwas getan hat.

Wasserkraftwerke, wird eingewendet, können bei niedrigem Wasserstand - in Österreich vor allem im Winter - nicht mit voller Leistung arbeiten und benötigen deshalb weitere Wärmekraftwerke zur Ergänzung. Doch auch wenn ein großes Donaukraftwerk dann und wann bei niedrigem Wasserstand nur mit halber Leistung arbeiten kann, bleibt es noch immer ein großes Kraftwerk, das beträchtliche Mengen von billiger und sauberer Energie liefert. Und insgesamt ist der CO₂-Ausstoß von Wärmekraftwerken, die nur als Reservekapazitäten bei niedrigem Wasserstand eingesetzt werden, jedenfalls wesentlich geringer, als wenn die gleiche Strommenge das ganze Jahr hindurch nur von Wärmekraftwerken produziert wird.

Die E-Wirtschaft, heißt es weiter, gehe von überhöhten Bedarfsprognosen aus;

würden wir weniger Energie verschwenden, bräuchten wir überhaupt kein neues Großkraftwerk. Doch im wirklichen Leben ist die Verhinderung eines Kraftwerkprojekts wesentlich leichter als die Durchsetzung eines vernünftigen Energiesparprogramms. Die Energieverschwendung würde nicht aufhören, weil ein Donaukraftwerk nicht gebaut wird, sondern wir würden mehr Strom importieren müssen.

Weniger Stromverbrauch

Die E-Wirtschaft hat durch die Schließung der Elektrolyse in Ranshofen einen Großabnehmer verloren, und die gegenwärtige triste Wirtschaftslage vermindert den Stromverbrauch. Doch die Wirtschaftslage wird ja hoffentlich nicht ewig anhalten. Und der Trend zu "intelligenteren" Produkten und Produktionsmethoden wird voraussichtlich dazu führen, daß der Anteil der Elektrizität am gesamten Energieverbrauch steigen wird.

Selbst wenn die E-Wirtschaft tatsächlich von überhöhten Bedarfsprognosen ausgeht, der umweltpolitische Nutzen eines Donaukraftwerks wäre trotzdem gegeben. Wenn wir einmal in eine Lage kommen sollten, in der die Kapazität unserer Kraftwerke nicht voll genutzt werden kann,

Georg Breuer ist Publizist.

würden sicherlich nicht die Wasserkraftwerke, sondern einige Wärmekraftwerke abgeschaltet werden, und der CO₂-Ausstoß würde sinken,

Ein Donaukraftwerk östlich von Wien hätte aber auch noch zusätzlichen umwelpolitischen Nutzen an Ort und Stelle. Im Marchfeld, einem der wichtigsten Landwirtschaftsgebiete Österreichs, sinkt der Grundwasserspiegel seit Jahrzehnten. Ein Aufstau der Donau würde dem entgegenwirken.

Für die Donauschifffahrt - eine billige, umweltfreundliche und energiesparende Form des Güterverkehrs - würden sich die Bedingungen durch den Kraftwerksstau verbessern. Mit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals und den politischen Veränderungen im Osten kann die Donau zu einer wichtigen Ost-West-Verbindung im europäischen Güterverkehr werden. Für die kommenden Jahrzehnte wird eine starke Zunahme des Verkehrs und eine Überlastung der Straßen im Osten Österreichs vorausgesagt. Jede Maßnahme, die Güterverkehr von der Straße weg auf andere Verkehrsträger bringt, ist daher umwelpolitisch sinnvoll.

Die Errichtung eines Donaukraftwerks würde allerdings einen massiven Eingriff in die bestehenden Aulandschaften bedeuten. Diese Landschaften als "natürlich" zu bezeichnen ist irreführend. So wie fast alle Wälder in Österreich sind auch die Auwälder in der Regel keine Urwälder, sondern seit Jahrhunderten bewirtschaftete Forste. Und die Donauregulierung im vorigen Jahrhundert hat die natürliche Landschaft gründlich verändert. Nichtsdestoweniger sind die Donauauen, wie sie heute bestehen, noch immer ziemlich naturnahe Biotope und Heimat von Tier- und Pflanzenarten, die in Mitteleuropa selten geworden sind.

Wie immer man das Kraftwerk auch plant, es würde auf jeden Fall eine empfindliche Störung dieser Ökosysteme bedeuten. Die von Vertretern der E-Wirtschaft gelegentlich ventilerte Idee, das Kraftwerk so zu gestalten, daß es in einen Nationalpark integriert werden kann, ist unrealistisch, wenn man unter einem "Na-

tionalpark" ein großes Naturschutzgebiet versteht. Diskutabel erscheint mir jedoch die Idee eines friedlichen Nebeneinander: Das Kraftwerk würde dann so angelegt, daß kleinere Fließstrecken und Aulandschaften erhalten bleiben, die zu Naturschutzgebieten werden könnten. Und die Auen an March und Thaya wären von einem Kraftwerk oberhalb der Mündung der March ohnehin nicht wesentlich beeinträchtigt.

Das bessere Argument?

Die Forderung nach einer ansprechenden Landschaftsgestaltung stellt sich aber auch unabhängig vom Problem der Erhaltung der Auen. Das seinerzeitige Projekt für das Kraftwerk Hainburg mit seinen großen Dämmen zwischen Stadt und Fluß war da wohl keine optimale Lösung. Es gibt viele Beispiele für Stauseen, die sich recht gut in die Landschaft einfügen und zu beliebten naturnahen Erholungsgebieten geworden sind. Das sollte man auch hier anstreben. Ein entsprechend gestalteter Stausee kann zu einem Paradies für Schwimmer und Bootfahrer, Segler und Surfer, Fischer und nicht zuletzt auch für Spaziergänger in einer "Au-ähnlichen" Parklandschaft werden.

Ein Naturschutzgebiet könnte hingegen nur sehr beschränkt als Erholungsgebiet dienen. Ein Zustrom von großen Menschenmassen ist dort unerwünscht. Und in einer naturnahen Au sorgen im Sommer die Gelsen ohnehin dafür, daß nicht zu viele Menschen das natürliche Ökosystem stören.

Für die Frage, welches Gewicht die verschiedenen Argumente für und gegen die im Widerstreit stehenden Projekte haben sollten, gibt es keine objektiven Kriterien, sondern nur subjektive Wertmaßstäbe, und die können sehr verschieden sein. Der Präsident des World Wildlife Fund, Prinz Philipp von England, hat in der seinerzeitigen Diskussion über das Kraftwerksprojekt Hainburg den Standpunkt vertreten, daß Österreich, wenn es unbedingt mehr Strom brauche, doch lieber das Kernkraftwerk Zwentendorf in Betrieb

nehmen, aber die Au in Ruhe lassen sollte. Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Kraftwerksgegner hat diese Meinung nicht geteilt. Doch auch andere, weniger extreme Standpunkte können immer nur auf subjektiven Wertungen und Prioritäten beruhen.

Die Regierung kann daher nicht eine "objektiv richtige" Entscheidung fällen. Sie kann lediglich versuchen, so zu entscheiden, wie es dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Deshalb meine ich, daß man diese Mehrheitsmeinung nach einer umfassenden Diskussion, in der die ganze Bandbreite der verschiedenen Argumente sachlich dargelegt wird, auch in einer Volksabstimmung feststellen sollte.

Vor der Volksabstimmung über Zwentendorf wurde eine ganze Serie von hochkarätig besetzten Podiumsdiskussionen abgehalten und zum Teil auch in Fernsehen und Radio übertragen. Zu Wort kamen nicht nur die Vertreter der extremsten Standpunkte, sondern vor allem Fachleute der verschiedensten Sparten, die ihre unterschiedlichen Argumente und Bedenken vorbrachten. Ähnliches sollte auch in der Diskussion über die Gestaltung der Donau östlich von Wien angestrebt werden.

Die Entscheidung über die Errichtung eines Nationalparks und/oder des größten Wasserkraftwerks Österreichs ist meiner Ansicht nach ein Politikum von weit mehr als lokaler Bedeutung. Deshalb sollten nicht nur die Bürger der unmittelbar betroffenen Anrainer-Gemeinden befragt werden, sondern die Bevölkerung von ganz Österreich.